

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

13.6.1928 (No. 136)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Amtlicher Teil

Aufbringung zur Industriebelastung

Nachdem sich herausgestellt hat, daß das Betriebsvermögen der aufbringungspflichtigen Unternehmer größer ist, als zunächst angenommen werden konnte, hat die Reichsregierung durch eine neunte Durchführungsverordnung zum Aufbringungsgesetze die für den zweiten Teilbetrag der Jahresleistungen für das Kalenderjahr 1928 an die Finanzämter zu entrichtenden Beträge um 20 v. H. herabgesetzt.

Die „Times“ über die Reparationsfrage

WTB. London, 13. Juni. In einem Leitartikel über Pariser Gilberts Bericht sagt „Times“: Obgleich der Dawesplan erfolgreich gearbeitet hat, als von den Sachverständigen erwartet werden konnte, ist das Reparationsproblem keineswegs geregelt. Das fundamentale Problem der endgültigen Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen muß in Angriff genommen werden.

Die Immunität der kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Leipziger Prozeß

WDJ. Berlin, 13. Juni. (Tel.) Den in dem Leipziger Prozeß gegen die kommunistische Zentrale verwickelten kommunistischen Reichstagsabgeordneten ist es, wie das Nachrichtenbüro des WDJ. erfährt, gelungen, trotz der polizeilichen Maßnahmen das Reichstagsgebäude noch im Laufe des heutigen Vormittags zu betreten, so daß sie dem polizeilichen Zugriff entzogen sind.

Deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen

WTB. Paris, 13. Juni. (Tel.) Der polnische Außenminister Jaleski äußerte über die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, daß man immer wieder auf die Klippe der langwierigen Verhandlungen stoße. Man müsse hoffen, daß die neue deutsche Regierung entgegenkommender sein werde.

Die „Italia“-Mannschaft in Not

Es steht nunmehr einwandfrei fest, daß die Mannschaft der Italia bei der Landung in drei Gruppen geteilt worden ist. Es fehlt sowohl an Brennstoff, als auch an Proviant. Besonders bemerkbar macht sich der Mangel an Medikamenten. Ob die Schiffbrüchigen über Gewehre und Munition verfügen, ist nicht bekannt. Sie versuchen mit allen Mitteln, zu Fuß Land zu erreichen.

Nach den neueren Berichten wird die Lage Robites als sehr kritisch betrachtet. Robite selbst meldet: Das Luftschiff ist verloren. Zwei unserer Begleiter haben die Beine gebrochen. Bei der Annäherung von Flugzeugen werden wir Rauchwolken aufsteigen lassen und mit der Signalfistole feuern. Die Lebensmittel können wir mit Notrationen 50 Tage strecken.

Letzte Nachrichten

Langsamer Fortgang der Regierungsbildung

M. Berlin, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Der Reichspräsident hat bei der Betrauung Hermann Müllers mit der Bildung des Kabinetts dringend gebeten, mit äußerster Beschleunigung vorzugehen. Darauf wurde ihm sofort erwidert, daß nach den erheblichen Schwierigkeiten voraussichtlich die Regierungsbildung einige Tage in Anspruch nehmen wird.

Die zwischen den Unterhändlern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unter Führung des Abg. Müller-Frankten und den Unterhändlern des Zentrums unter Führung des Abg. v. Güterach gepflogenen Verhandlungen nahmen ziemlich zwei Stunden in Anspruch.

Die „Vossische Zeitung“ meldet: Die Unterhaltung zwischen Müller-Frankten und dem Fraktionsführer der Wirtschaftspartei, Abg. Dreiwitz, war nach wenigen Minuten im negativen Sinne abgeschlossen.

Im St.-Hedwigs-Dom zu Berlin fand heute früh ein feierliches Hochamt für die katholischen neuen Reichstagsabgeordneten statt, das von dem Abg. Pfarrer Ullrich (Ztr.) gelebt wurde. Die katholischen Abgeordneten, namentlich der Zentrumsfraktion und der Bayer. Volkspartei, waren vollständig erschienen, ebenso die Minister.

Die Bildung des Reichstagspräsidiums

M. Berlin, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Das Präsidium des Reichstags wird eine erhebliche Umbildung erfahren, da der deutschnationale Vizepräsident Graf Thüringen nicht mehr kandidiert. Die Deutsche Volkspartei verliert ihren Präsidenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, für den Posten des Reichstagspräsidenten wieder den Abgeordneten Lobe vorzuschlagen. Die Fraktion wird der Wahl eines kommunistischen Vizepräsidenten — als vierter Fraktion erheben die Kommunisten wie im Landtag auch im Reichstag Anspruch auf den Posten des dritten Vizepräsidenten — unter der Voraussetzung zustimmen, daß sich die Kommunisten verpflichten, die Bestimmungen der Geschäftsordnung zu achten, und daß sie auch für die Ansprüche der anderen Parteien, die entsprechend ihrer Stärke Präsidenten stellen, eintreten.

Deute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, tritt der neugewählte Reichstag zusammen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß, den Blättern zufolge, die Neuwahl des Vorstandes auf etwa 3-4 Wochen auszuschieben, um in der Zwischenzeit die Erfahrungen des Wahlkampfes zu sichten, und auf Grund dieser Prüfung die Frage der Reorganisation von Partei und Fraktion zu erwägen.

Die Regierungsbildung in Preußen

WDJ. Berlin, 13. Juni. (Tel.) Die Erweiterung der preussischen Staatsregierung durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei wird, wie dem Nachrichtenbüro des WDJ. versichert wird, nicht vor dem preussischen Kommunalwahlen, also nicht vor dem Herbst dieses Jahres, durchgeführt werden können. Die Sozialdemokraten werden, wie weiter bekannt, im Falle der Bildung einer Regierung der Großen Koalition in Preußen auch eine größere Zahl von Ministerposten unter Berufung auf ihre Fraktionsstärke verlangen.

Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen

M. Berlin, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, werden die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen schon in nächster Zeit wieder aufgenommen werden.

Hermann Müller und die Regierungsbildung

Der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, hat den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Abgeordneten Hermann Müller-Frankten, mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt. Damit tritt eine Persönlichkeit wieder in den Vordergrund des politischen Geschehens, die schon einmal das Amt des Reichskanzlers bekleidet hat.

Hermann Müller ist seinem Geburtsort nach Badener: er wurde 1876 in Mannheim geboren. Sein Vater war Fabrikdirektor. Schon mit jungen Jahren hat er sich der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Im Juni 1919 wurde er als Nachfolger des Grafen Brockdorff Reichsminister des Äußeren und unterzeichnete den Friedensvertrag. Nach dem Kapputsch im März 1920 wurde er Reichskanzler, mußte jedoch bereits im Juni desselben Jahres mit seinem Kabinett zurücktreten, da die Weimarer Koalition die Mehrheit im Parlament verloren hatte.

Daran, daß es Hermann Müller verhältnismäßig rasch gelingen wird, sein Kabinett zu bilden, ist wohl kaum zu zweifeln. Natürlich sind noch mancherlei Schwierigkeiten politischer und persönlicher Natur zu überwinden. Aber einstweilen besteht jedenfalls bei allen Parteien, die für die Große Koalition in Frage kommen, die feste Absicht, den Verlauf der Dinge zu beschleunigen.

Erfreulich ist die Tatsache, daß nicht nur das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zur Mitarbeit bereit sind, sondern daß auch die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Bauernpartei und die Wirtschaftspartei ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit erklärt haben. Wenn es noch etwas geben könnte, was die tiefe Enttäuschung über die Politik der Deutschnationalen illustrieren könnte, so ist es das Verhalten dieser Parteien, denen man bisher eine besondere Vorliebe für die Sozialdemokratie gewiß nicht nachsagen konnte.

Hermann Müller hat also Teilhaber für die Große Koalition genug zur Verfügung. Für ihn kommt es jetzt vor allem darauf an, ein Regierungsprogramm zu entwerfen, welches so beschaffen ist, daß alle Partner es unterschreiben können. Bisher hat man den Eindruck gewinnen müssen, daß die Sozialdemokratie ihre Rechtsposition nicht über Gebühr betont. Im Gegenteil! Es liegt eine ganze Menge von Äußerungen vor, die deutlich zeigen, daß sich die Sozialdemokratie der Notwendigkeit einer Koalitionspolitik vollkommen bewußt ist.

Angenehm auffallen mußte es, daß von der sozialdemokratischen Presse sowohl Reichsaußenminister Stresemann, wie Reichswirtschaftsminister Curtius, die beide der Deutschen Volkspartei angehören, in höflicher Weise aufgefordert wurden, auch in dem neuen Kabinett auf ihren Ministerplätzen zu bleiben. Und neuerdings wird gemeldet, daß der dem Zentrum angehörende Reichsarbeitsminister Brauns gleichfalls von sozialdemokratischer Seite gebeten worden ist, sich wieder für sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Eine solche Methode ist geeignet, schwerere Komplikationen auszuschließen und die unausbleiblichen Schwierigkeiten politischer und personeller Art auf ein Mindestmaß zu beschränken. Diese Schwierigkeiten sind, wie schon angedeutet, vor allem in der Herstellung eines für alle Koalitionspartner erträglichen Regierungsprogramms zu suchen. Hier haben nun bereits die Besprechungen und Verhandlungen unter den Parteien selbst eingesetzt.

Wenn alle Koalitionsteilnehmer mit der gebotenen Einsicht und Mäßigung verfahren, wird es sicherlich möglich sein, in Bälde ein brauchbares Programm aufzustellen. Eine große Schwierigkeit besteht ja heute überhaupt nicht mehr, nämlich die, alle Koalitionspartner wirklich fest auf dem Boden der Republik zusammenzuführen. Über diese Dinge braucht nicht mehr getritten zu werden: es ist selbstverständlich, daß alle Parteien, die sich an der großen Koalition beteiligen, den republikanischen Grundcharakter unseres Verfassungslebens bejahen. Dieser Umstand schließt schon von Anfang an Mißtrauen und Argwohn aus.

Was die Besetzung der Ministerposten betrifft, so werden sich vielleicht auch hier noch einzelne Schwierigkeiten

ergeben. Nachdem aber die Sozialdemokratie selbst die Herren Stresemann, Curtius und Brauns höflich eingeladen hat, wird man sich über die Vergebung der anderen Ministerämter nicht allzu schwer eintigen können, zumal auch das Verbleiben des Herrn Groener in seinem Amt als Reichswehrminister von allen Seiten gewünscht wird. Nicht ganz einfach wird die Ernennung des Reichsfinanzministers sein.

Dass die Deutschnationalen von der ganzen Entwicklung wenig erbaut sind und im Augenblick alles tun, um der neuen Koalition Hindernisse in den Weg zu legen, wird man — so, wie nun einmal die politische Kampfmoral beschaffen ist — durchaus begreifen. Zunächst steht es nicht so aus, als ob sie mit ihren Mandatären irgendwo ernstlich Glück haben könnten. Im übrigen scheinen sie eine Reorganisation im Innern durchzumachen: man spricht davon, daß Graf Westarp durch eine andere Persönlichkeit im Amt des Parteivorsitzenden ersetzt werden soll.

Ein Gesetzentwurf über die Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft

Die badische Regierung hat dem Landtag folgenden Gesetzentwurf über Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft vorgelegt. In Artikel 1 wird die Regierung ermächtigt, sich neben dem Reich mit zwei Drittel an einer Organisation (Treuhandstelle) zu beteiligen, welche die Aufgabe hat, gemäß den Richtlinien für die Hilfsmaßnahmen des Reiches für Umschuldungsbetriebe inländische Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und dazu erforderlichenfalls Grundstücke in der Zwangsversteigerung unmittelbar oder mittelbar zu erwerben. Der Gesamtbetrag an Umschuldungsdarlehen, für die der Treuhandstelle die bezeichneten Aufgaben obliegen, darf die Summe von acht Millionen Reichsmark oder Goldmark nicht übersteigen.

Im Artikel 2 des Gesetzes werden die Minister des Innern und der Finanzen mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Der nach Artikel 1 erforderliche Aufwand ist unter dem im Staatsvoranschlag für die Förderung der Landwirtschaft vorgesehenen Mitteln zu verrechnen.

Aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf geht hervor, daß auch in Baden ein Bedürfnis für eine Umschuldung der badischen Landwirtschaft nicht bezweifelt wird. Die Badische Landwirtschaftskammer schätzt die kurzfristigen kleinen Schulden an Geschäftsleute, an rückständigen Steuern usw. auf etwa 25 Millionen Reichsmark. Von diesen Personalschulden erachtet sie eine Summe von 12 bis 18 Millionen Reichsmark für Umschuldungsbedürftig. Die Treuhandstelle selbst soll möglichst einfach in Form einer G. m. b. H. gestaltet werden.

Ministerpräsident Braun vor dem Preussischen Landtag

Ministerpräsident Dr. Braun wies im preussischen Landtag mit großer Schärfe die kommunistischen Angriffe auf die Polizei zurück. Die Polizei müsse sich gegen unmäßige Beschimpfungen schützen können. Der Ministerpräsident wendet sich dann gegen die Angriffe des Abg. Kube auf den Justizminister und von lauten Kundgebungen der Rechten unterbrochen — gegen die Ausführungen des Abg. Baeder. Unhaltbar sei die von den Deutschnationalen vertretene Auffassung, daß die jetzige preussische Regierung verfassungswidrig sei. Wenn die Deutschnationalen von der Nichtigkeit ihres Standpunktes überzeugt wären, dann hätten sie seinerzeit den ihnen erteilten Rat befolgt und den Staatsgerichtshof anrufen können. Die von den Deutschnationalen als Wahlbeeinflussung bezeichnete Verbreitung der Hirtensprache habe jedenfalls die Wähler von den wirklichen Taten der Regierung unterrichtet und nützlich gewirkt als die Verdrehungen der Oppositionspresse, die sachlich dagegen nichts vorbringen konnte. Unter großem Lärm der Rechten geht Dr. Braun dann auf die deutschnationale Wahlagitatorien ein und verliest Kundgebungen, in denen den Grundbesitzern geraten wird, jeder Landarbeiterfamilie einen Taler zu stiften, um sie zur deutschnationalen Stimmabgabe zu veranlassen.

Goobers Aussichten für die Präsidentschaftskandidatur selgen

Aber den voraussichtlichen Ausgang der Republikanischen Konvention in Kansas City herrscht im Augenblick noch keine völlige Gewißheit. Aus dem hartnäckigen Stillschweigen des Präsidentsen Coolidge wird allgemein geschlossen, daß er auf erneute Aufstellung verzichtet wird. Dagegen mehren sich tagtäglich die Stimmen derrer, die an eine Kandidatur des Handelsministers Goober glauben. Wen Schachsekretär Wellon unterstützen wird, steht noch nicht fest. Man ist der Ansicht, daß seine Entscheidung für die Republikanische Konvention ausschlaggebend sein dürfte.

Unregelmäßigkeiten bei der Reichsbahndirektion Dresden. Wie die WZB. meldet, ist man bei der Reichsbahndirektion Dresden größeren Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. Die Ermittlungen haben bisher dazu geführt, daß der Reichsbahnbaurat in der Reichsbahndirektion Dresden, Nicolai, und der Reichsbahnoberssekretär Kieweg vorläufig ihres Amtes enthoben wurden. Den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ zufolge handelt es sich um Nicolai mit Unterstützung Kiewegs ohne Genehmigung der Behörde an eine Firma verkaufte Lizenzen, wofür diese Firma 10 000 bis 12 000 M Lizenzgebühren an Nicolai zahlte. Die Reichsbahndirektion hat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die Ursache der Eisenbahnkatastrophe noch ungeklärt. Wie aus Nürnberg gemeldet wird, ist die fortgesetzte Untersuchung an der Unfallstelle des Siegelödter Eisenbahnunglücks ergebnislos verlaufen. Die Ursache der Entgleisung konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Im Zeichen der Abrüstung. Das englische Luftministerium hat eine Anzahl Bombardierungsflugzeuge bereitgestellt, die über einen Aktionsradius von 1200 bis 1500 Meilen verfügen.

Generalfreik der griechischen Tabakarbeiter. In einer großen Anzahl von Provinzen in Griechenland befinden sich die Tabakarbeiter im Generalfreik. Wo es zu Kundgebungen der Ausständigen kam, stellte die Gendarmerie die Ordnung wieder her.

Die Jagd nach dem Alkohol. Das Recht der amerikanischen Küstenwachschiffe, ausländische Alkoholschmuggelschiffe auch außerhalb der 12-Meilen-Zone zu beschlagnahmen, wenn sie vorher innerhalb dieser Zone zum Salten aufgefordert waren, ist vom Bezirksberufungsgericht bestätigt worden.

Hungersnot in Brasilien. Im Nordosten Brasiliens herrscht infolge der anhaltenden Dürre eine Hungersnot. Über 100 Menschen sind verhungert, auch viel Vieh ist umgekommen.

Kursrückgang an der New-Yorker Fondsbörse. An der Fondsbörse kam es am Dienstag zu einem Kursrückgang im Ausmaß von 1—20 Dollar, wofür in der Hauptsache neben der Kündigung von 15 Millionen Dollar Tagesgeld durch die Großbanken die Ungewißheit über den Ausgang der kommenden Präsidentschaftswahlen maßgebend war. Die Ausgabebewertung hatte einen derartigen Umfang, daß der Kursticker am Schluß des Verkehrs mit dem Melben der Kurse über eine Stunde im Rückstande war.

Utschlagstoll gestiegen? In Tokio liegen Meldungen vor, nach denen Utschlagstoll gestiegen sei. Eine Bestätigung dieser Meldungen ist nicht zu erhalten gewesen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

D. B. Karlsruhe, 13. Juni.

Neue Eingänge liegen nicht vor. Die Einzelberatung über das Budget des Innenministeriums wird fortgesetzt.

Das Haus stimmt zunächst der Änderung einiger Etatpositionen zu, wie sie sich aus dem Personalanhang ergibt. Nachträgliche Genehmigung findet ferner die Anforderung von 125 000 M zur Bekämpfung der Tuberkulose, nachdem der Antrag Siebert (Str.) auf Verwendung von 39 000 M für den Ausbau der Kinderheilstätte Friedenweiler zurückgezogen ist.

Es folgt die Beratung des Titels IX.

Heil- und Pflegenstellen.

Abg. Arnold (Soz.) bringt den Abstand zur Sprache, daß ungeschädigte Geisteskranken, Geisteschwache und Idioten in die Kreispflegenstellen eingewiesen würden. Es sei ein niederdrückendes Gefühl für die gesunden Insassen, mit solchen Personen in einem Raume zusammenleben zu müssen. Man möge die Heilanstalten so ausbauen, daß sie die Geisteskranken und Idioten selbst unterbringen können.

Abg. Gehmann (Komm.) beantragt Streichung aller Ausgaben für kirchliche Bedürfnisse und beschäftigt sich dann mit der Lage des Anstaltspersonals.

Ministerialdirektor Föhrenbach erklärt, die Überweisung in die Kreispflegenstellen erfolge, um die Heil- und Pflegenstellen, deren Insassen stark zugenommen haben, zu entlasten. Die Aufnahme geschieht nach Maßgabe der Satzungen. Es dürfte zu empfehlen sein, daß man innerhalb der Kreispflegenstellen eine Trennung vornimmt. Es handelt sich in der Hauptsache um eine Geldfrage, und darum ist es beauerlich, dem Wunsche des Abg. Arnold keine Rechnung tragen zu können.

Der Abg. Gehmann will die Streichung der Ausgaben für kirchliche Bedürfnisse. Dazu nur ein Wort: Sämtliche Ärzte und Psychiater sind sich darüber völlig klar, daß gerade die Seelsorge einen wesentlichen Faktor zur Wiederherstellung der Gesundheit bildet (Hört! Hört! im Zentrum). Mit dem Antrag der Koalitionsparteien, zu prüfen, ob die Dienstzeit des Anstaltspersonals verkürzt werden kann, ist die Regierung einverstanden. Auch hier dreht es sich in der Hauptsache um eine finanzielle Frage.

Die kommunikativen Anträge werden darauf abgelehnt, der Etat der Heil- und Pflegenstellen nebst Personalanhang genehmigt und der Antrag betr. Neuregelung der Dienstzeit des Personals angenommen.

Beim Titel X.

Badeanstalten

bringt Abg. Wehringer (Deutschn.) eine Reihe von Wünschen aus der Väterstadt Baden-Baden zur Sprache. Er bedauert, daß die Kränkhalle bisher nicht ausgebaut werden konnte, und rüht das segensreiche Wirken des Landesbadbes, daran die Bitte knüpfend, daß die Regierung auch für die Väterinteressen ihre tatkräftige Unterstützung angeheißt läßt.

Titel X wird ohne weitere Debatte genehmigt, desgleichen Titel XI, Landesfrauenklinik (Landeshebammenlehnanstalt), zu Titel XII

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

erhält Abg. Dr. Glodner (Dem.) das Wort, um über das Gesuch des Verbandes bad. Gemeinden vom 31. Januar 1928 betr. die Verteilung des für den Wohnungsbau bestimmten Landesanteils an der Gebäufondersteuer und die auf den gleichen Gegenstand bezüglichen weiteren Gesuche zu berichten. Der Haushaltsausschuß ist der Ansicht, daß der vom Landtag beschlossene Modus der Verteilung und die Art seiner Durchführung seitens der Regierung das Richtige treffen. Er stellt deshalb den Antrag, alle Gesuche als durch die am 8. Juni d. J. abgegebene Äußerung des Ministeriums des Innern erledigt zu erklären.

Abg. Geurich (Str.) bittet, zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms die Regierung beim Reiche darauf hinzuwirken, daß eine regelrechte Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr erfolgt. Sinderlich sei der Bureaukratismus mancher Gemeinden. In bezug auf den Wohnungsbau könne sich das Land Baden wohl sehen lassen. Es müßten höhere Anteile an dem Erträgnis der Hauszinssteuer für alle Länder, nicht nur in Baden, erreicht werden. Sonst sei man zu keiner Lösung des Wohnungsproblems. Es sei falsch, zu behaupten, daß der Lohnanteil zur Verteuerung des Bauens beitrage. Der Lohnanteil sei sich im wesentlichen gleich geblieben, aber die Materialien hätten sich empfindlich verteuert.

Abg. Gündert (D. Sp.) erwidert dem Vorredner, er habe den Beweis dafür nicht erbracht, daß der Bureaukratismus der Gemeinden das größte Hemmnis für den Wohnungsbau darstelle. Ihm sei weder aus der Stadt, an deren Spitze er stehe, noch von anderen Städten etwas bekannt geworden, was eine derartige Charakterisierung rechtfertigen würde. Was die Städte aus der Gebäufondersteuer erhielten, reiche bei weitem nicht an die enormen Leistungen der Gemeinden heran. Die Gemeindeverwaltungen erfüllten auf dem Gebiet des Wohnungsbaues bis aufs äußerste ihre Pflicht.

Abg. Amann (Str.) wünscht größeres Entgegenkommen der Baupolizei bei Erteilung der Baueerlaubnis.

Abg. Marzloff (Soz.) hält ein rascheres Tempo im Wohnungsbau für geboten. Die Gemeinden haben aus eigenem ganz bedeutende Mittel aufgebracht, um dem Wohnungselend zu steuern. Was die Baupolizei anlangt, so gebe es in Deutschland sachverständige Architekten genug. Die Gemeinden sollten auf die Beizungskosten für die Gewerke verzichten. Solange Wohnungsnot und Wohnungselend bestehen, müsse die Zwangsversteigerung aufrechterhalten bleiben.

Abg. Lang (Deutschn.) stellt das vorbildliche Wirken des Bürgermeisters Schneider für die Wohnungspolitik der Stadt Karlsruhe fest. Der Redner verweist auf eine ungewöhnliche Überpannung des Holzpreises. Hier müsse der Staat mit seinem reichen Holzbestand eingreifen. Nur wenn der Wohnungsbau mit allen Mitteln gefördert wird, werden wir aus der Zwangsversteigerung herauskommen.

Abg. Hoffmann (Dem.) erinnert gleichfalls an die großen Aufwendungen der Städte zur Finanzierung des Wohnungsbauens. Man vergegenwärtige sich darüber hinaus die Höhe

des Zinsen- und Tilgungsdienstes der verhandelteten Gemeinden. Diese Leistungen verdienen alle Anerkennung. Eine besondere soziale Pflicht bestehe in der guten glücklichen Lösung der Wohnungsfrage für die Schwertriebsbeschädigten und die kinderreichen Familien. Daß die Reichsbefehlsordnung für letztere keinen Ausgleich geschaffen hat, bedeute eine große Härte. Hier müsse man eben auf der Landesausgleichsstudie zurückgreifen, der zu diesem Zweck befristet erst dann verzichtet kann, wenn die Wohnungsnot einigermaßen behoben ist, ist ein durchaus vertretbarer gefunder Gedanke.

Abg. Bod (Komm.) kann sich mit der heutigen Wohnungspolitik nicht befremden. Sie käme denen zugute, die hohe Mieten bezahlen könnten; es sei denn, daß sich die betreffende Familie mit nur einem Raume begnügt und die übrigen Zimmer an Untermieter abgibt.

Abg. von Au (Wirtschaftl.) führt aus, die Wohnungsnot werde nicht beseitigt, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß neben den öffentlichen Bauten in weitgehendem Maße auch die private Bautätigkeit einsetzt. Ohne raschen zweckmäßigen Abbau der Zwangsversteigerung würden normale Verhältnisse nicht eintreten. Abg. Hed (Str.) setzt sich für nachhaltige Förderung der Innenkolonisation ein.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) weist darauf hin, daß in Baden noch etwa 80 000 Hektar nicht melioriert sind. Hier könnte landwirtschaftlich baureifes Gelände geschaffen und eine Anzahl Bauernfamilien angesiedelt werden. Mit der Entsendung von Demonstrationsbauern nach dem Osten werde nichts geholfen. Eine großzügige Siedlung im Reiche ist möglich, auch für die badischen Bauernhöfe wünschenswert. Dazu muß aber von dem Enteignungsparagraphen Gebrauch gemacht werden ohne Vorenthaltung gegenüber dem ostelbischen Großgrundbesitzer. Auch wir sind der Meinung, daß ein Ausgleich zwischen Baupreis und Mietpreis wird erfolgen müssen. Solange aber die Industrie erlährt, nicht in der Lage zu sein, den Mietern die Löhne zu zahlen, die nötig sind, um die höheren Mieten tragen zu können, solange müssen wir uns mit dem jetzigen System behelfen. Bei Aufhebung der Zwangsversteigerung wären die Mieter der Willkür des Grund- und Hausbesitzers ausgeliefert. Die Schwertriebsbeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gefehle wäre. Die Sozialdemokraten freuten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Tausende armer Teufel seien aus den Höhlen herausgenommen. Die Ärzte hätten festgehalten, daß die Arbeiterkinder in der Heidelberg Siedlung Scharf und außerordentlich gesund sind als jene der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegkosten könnten höchstens gestundet, aber nicht gesenkt werden. Dies würde dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbaues geeignete Maßnahmen zustimmen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

Abg. Walbed (D. Sp.) gibt Anregungen zur Wohnungsmangelbeseitigung.

Abg. Grohmann (Soz.) setzt sich mit dem Abg. von Au auseinander.

Ministerialdirektor Föhrenbach geht auf verschiedene in der Aussprache aufgeworfene Fragen ein. Sowohl die Reichsregierung wie die Landesregierung haben rechtzeitig für 1928 ein Bauprogramm aufgestellt. Aber es fehlte Geld und es fehlt heute noch. Erinnern wir uns an die plötzliche Verknappung des Geldmarktes 1927/28 und daran, daß sich die Reichsregierung gezwungen sah, die Auslandsanleihen einzufrieren. Leider wird der Standpunkt, daß die Förderung des Wohnungsbaues nicht zu den produktiven Ausgaben gehöre, immer noch seitens des Reiches aufrechterhalten. Was Baden anlangt, so reichen wir mit den Mitteln der Gebäufondersteuer und der Wohnungsbauleihe nicht aus. Wir verteilen monatlich 900 000 M an die Städte und ländlichen Bezirkswohnungsverbände. Aus der Wohnungsbauleihe von 10 Millionen konnten bisher 7,7 Millionen zur Verteilung kommen, deren Unterbringung dem Finanzminister gelungen ist. Er ist zur Zeit bemüht, auch die restlichen 2,3 Millionen unterzubringen. Wir haben ferner den vom Landtag bewilligten 5-Millionen-Kredit zur Zinsberbilligung verteilt. Alle diese Gelder sind unzureichend. Wir müssen lobend anerkennen und hervorheben, daß unsere Städte sich ernstlich bemühen, weit mehr Mittel für den Wohnungsbau aufzubringen, als ihnen aus der Gebäufondersteuer zur Verfügung stehen. Die sofortige Aufhebung der Zwangsversteigerung würde zu einer entsetzlichen Katastrophe führen. Daß das Ziel die Aufhebung sein muß, sei allen klar. Nur über den Zeitpunkt der Aufhebung sei man einig. Wir werden wir nachgehen. Die Bezirksämter sind angewiesen, Kaufschreiben jederzeit als Einlagen zu behandeln. Der Regierungsbereiter teilt schließlich an der Hand von Zahlen mit, daß auch die Zuschüsse zu Bauvorhaben für Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien keineswegs gering sind. Der Kleinwohnungsbaue ist natürlich in erster Linie zu fördern. Was das Wohnungsbauleihe betrifft, so werden wir angesichts der vertriebenen gelagerten örtlichen Verhältnisse allgemeine Richtlinien für das Land nicht hinausgeben. Zur Zeit schweben Erwägungen zur Lockerung der Zwangsversteigerung für gewerbliche Räume. Weiter zu gehen, hält der Staatspräsident zur Zeit nicht für tragbar.

Der Redner stellt zum Schluß mit Genugtuung die Erfolge im Wohnungsbau in Baden fest. Daß von 60 000 neu-erstellten Wohnungen 40 000 beauftragt werden konnten, will schon etwas heißen.

Abg. Duffner (Str.) äußert sich über die Lage der Holzwirtschaft in Beziehung auf die Baupreise.

Die Abgeordneten Burkhard (Dem.) und Bod (Komm.) machen Ausführungen zur Siedlungspolitik.

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Geurich (Str.), von Au (Wpt.), Lang (Dnl.), Gündert (D. Sp.), Maier (Soz.), Hed (Str.), Grohmann (Soz.) und Bod (Komm.).

Dank weitherziger Auslegung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten sieht man sich fast völlig in die Debatte zurückversetzt. Danach wird der Titel XII bewilligt und ein Antrag der Koalitionsparteien angenommen, wonach die Regierung prüfen soll, ob ohne Beeinträchtigung des Eigenheimbaues auch den gemeinnützigen Bauvereinigungen Sonderdarlehen bewilligt werden können, wenn sie Kriegsbeschädigten und kinderreichen dauernd geeignete Wohnungen zur Verfügung stellen.

Zu Titel XIII

Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht

fordert Abg. Hartmann (Str.) erhöhten Arbeiterschutz. Er zollt der Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes lebhaft Anerkennung, wünscht, daß die Arbeiterschaft weit mehr als bisher von dem Recht der Betriebsratswahl Gebrauch macht und tritt dafür ein, daß bei Vergebung von Arbeiten durch das Reich das Land Baden besser berücksichtigt wird als es seither der Fall war, zumal wir als Grenzland besonders schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Zu begrüßen wäre es, wenn Landesmittel zur Förderung von Rotstandsarbeiten flüssig ge-